

Freiheitsverständnis, Bürgerpartizipation und Governance in Deutschland und Frankreich

Alfred Grosser

Dem Thema „Freiheitsverständnis, Bürgerpartizipation und Governance in Deutschland und Frankreich“ gerecht zu werden, ist schwierig. Zunächst einmal muss gesehen werden, dass es Wörter gibt, die man nicht in die andere Sprache übersetzen kann. Zum Beispiel „la République“. Das hat in Frankreich einen recht gefühlvollen Unterton, und es wird auch ständig von unserem neuen Präsidenten Nicholas Sarkozy gebraucht. Auf Deutsch hat das nicht denselben Klang. Sonst könnte sich bei Ihnen eine rechtsextreme Partei nicht „Die Republikaner“ nennen. Es gibt im Gegenzug deutsche Wörter, die man nicht auf Französisch mit derselben Konnotation benennen kann: Zum Beispiel „die Wirtschaft“ – den Begriff kennen wir auf Französisch nicht. Wenn sich die FAZ oder das Handelsblatt jeden Morgen vor der Wirtschaft verbeugen, ist „die Wirtschaft“ eine Reihe von Menschen - Männer mehr als Frauen - die Macht und Titel haben.

Wie haben Sie selbst auf das Wort reagiert? Da sind wir bei etwas sehr Schwierigem in Deutschland, dass man beim Wort Freiheit etwas zu sehr verwechselt, nämlich die Wirtschaftsfreiheit und die politische Freiheit. In Deutschland muss ständig daran erinnert werden, dass am 30. März 1933 alle Parteien, die für die freie Wirtschaft waren, Hitler die Macht gegeben haben, alle Freiheiten abzuschaffen. Nur die Sozialdemokraten haben „Nein“ gesagt, im Namen von Freiheit und Sozialismus. Der politische Begriff der Freiheit ist dann und wann - auch manchmal sogar in Deutschland - etwas untergegangen. Ich habe um das Jahr 1985 gegen ein Gutteil der evangelischen Kirchenfürsten und einiger SPD-Fürsten sehr gekämpft, die zusammen mit der anderen politischen Seite das Wort Freiheit schon geradezu abgeschrieben hatten und sich wie die Ökumene damals ausdrückten: Es geht um Frieden, um die soziale Gerechtigkeit, und um Gottes Schöpfung – die Umwelt.

Derlei Themen konnten den Osten natürlich nicht stören. Als Präsident François Mitterand den DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker im Elysée-Palast empfing, hielt er eine sehr schöne Tischrede, die auch in Richtung Westdeutschland wies: „Sie waren ein Widerstandskämpfer, Herr Honecker. Damals kämpften wir alle für die Freiheit. Seit Kriegsende sind wir der Freiheit treu gewesen. Wie könnte ein europäisches Haus entstehen ohne Freiheit?“ Das hatte schon Robert Schuman in einem seiner letzten Artikel geschrieben: „Wir machen ja nicht nur die Freiheit für uns in der Gemeinschaft. Wir machen sie, damit in der Zukunft die, die heute unterdrückt sind, sobald sie aus der Unterdrückung kommen, bei uns teilnehmen können.“ Diese Teilnahme kam 1990 als erste Osterweiterung des freien Europa mit der Deutschen Einheit und 2004 galt das für acht der zehn Neuen EU-Mitglieder. Zypern war bekanntlich das Resultat einer griechischen Erpressung und warum Malta dabei ist, weiß niemand so recht.

Nun ist in Deutschland der Begriff der Wirtschaftsfreiheit auch etwas kompliziert, weil man ständig so tut, als müsste die Wirtschaft gewissermaßen alleine funktionieren, und die böse Politik mische sich da ein. Neulich war Edmund Stoiber in Paris, und er hielt eine Rede, die Bayern und seine eigene Politik sehr lobte. Und da wir uns seit langem freundschaftlich kennen, habe ich dann ironisch gefragt: Wo bleibt denn die freie Wirtschaft? Sie haben in Bayern gelenkt, sie haben organisiert. Sie haben „geplant“ – ein furchtbares Wort für alle Wirtschaftsliberalen. Und das erlebt man auch ständig, wenn zum Beispiel der Gerichtshof in Luxemburg - wie vor wenigen Tagen bei Volkswagen – etwas durchsetzt, das eigentlich in Deutschland Begeisterung hervorrufen müsste: die freie Marktwirtschaft: Es darf kein Staat, kein Niedersachsen, mehr richtig in die Wirtschaft eingreifen.

In Wirklichkeit weiß man aber auch, dass es darum geht, dass man mit Politik die Wirtschaft auch weitgehend lenkt. Gestern konnten Sie, in der FAZ lesen (ich bekomme sie jeden Morgen um Viertel nach sieben wie die Süddeutsche Zeitung nach Paris geliefert), dass drei Sozialdemokraten des Seeheimer Kreises und drei eher linke Parlamentarier einen schönen Text geschrieben haben. Ich las: „Reform heißt“ – und dann zitieren sie den Duden – „planmäßige Neuordnung, Umgestaltung und Verbesserung des Bestehenden.“ Das heißt: Jenseits der Wirtschaft, nämlich mit der Wirtschaft als Instrument, versucht man die Gesellschaft zu verändern. Und ich finde das schon ein erstes gutes Beispiel für Governance, um dieses englische Wort zu gebrauchen, das ja heute auch in die deutsche Sprache Einzug gehalten hat. Eine Randbemerkung dazu: Ein wunderbarer französischer Film heißt „Joyeux Noël“. Es geht um die Verbrüderung von Soldaten im Jahr 1914. Der deutsche Titel könnte problemlos heißen „Fröhliche Weihnachten“, aber der Film heißt auf dem deutschen Filmmarkt eben doch „Merry Christmas“. Merry Christmas – das ist das heutige Deutsch. Vor allen Dingen in ihrer Branche der Kommunikationstechnik natürlich, die vor Anglizismen beziehungsweise Amerikanismen nur so strotzt.

Was ist nun die Bürgerpartizipation? Zuerst einmal meint dies die sogenannte, oft beschworene Zivilgesellschaft. Was das Positive daran ist, habe ich am 6. Dezember 2006 erfahren dürfen, am Ministertisch im Kanzleramt, an den Frau Merkel und Herr Müntefering die Vertreter der Zivilgesellschaft eingeladen hatten, um zu sehen, was man in sechs Monaten für Europa alles tun kann. Und man sah da, wer alles dazu zählt: Sportler, Städte- und Kirchenvertreter usw. Das ist die positive Seite. Doch das ist nicht die Zivilgesellschaft. Es gibt da noch etwas Negatives: Das Deutsch-Französische Jugendwerk ist heute nicht mehr von der „Zivilgesellschaft“ nominiert, es ist nicht mehr so, wie es Charles de Gaulle und Konrad Adenauer wollten. Das ist eine schlechte Entwicklung. Die Demoskopie ist eben nicht die Zivilgesellschaft, und man verwechselt beides ständig. Bürgerpartizipation entsteht nicht durch demoskopische Umfragen. Wenn Robert Schuman Anfang Mai 1950 - fünf Jahre nach dem Krieg - die Franzosen gefragt hätte: Wollt ihr ein gleichberechtigtes Deutschland, hätten 90% der Franzosen mit „Nein“ geantwortet. Er schlug aber genau dies in der Historischen Erklärung vom 9. Mai 1950 in Paris vor - und siehe da: alle bejahten, was er wollte.

Ein anderes Beispiel: Vor Präsident de Gaulles Austritt aus der militärischen Struktur der NATO wurde gefragt: „Wollt ihr einen Austritt aus der militärischen Struktur der NATO“? – Die Demoskopie sagte „Nein“. De Gaulle entschied genau das Gegenteil. Auf die Frage „Findet ihr richtig, dass er ausgetreten ist?“ kam ein überwältigendes Ja. Nur um ein weiteres Beispiel zu geben, das bei uns berühmt geworden ist. Die Frage, ob Libyen bombardiert werden sollte, und dies in der Zeit, in der Frankreich gar nicht gut mit Libyen stand, könnte man denken, die Antworten von drei verschiedenen Instituten seien so unterschiedlich gewesen. Aber die Antworten waren gar nicht unterschiedlich, vielmehr waren die Fragen unterschiedlich. Die ersten fragten: „Soll Gaddafi bombardiert werden?“ und bekamen zur Antwort „Ja“, denn man hasste Gaddafi. Die zweiten Demoskopen fragten: „Sollen die libyschen Städte bombardiert werden?“ Die Mehrheit antwortete mit „Nein“, denn man ist dagegen, Städte zu bombardieren. Die Frage „Soll Libyen bombardiert werden?“ bekam denn keine eindeutige Mehrheit, die Antwort lag irgendwo „dazwischen“. Nota bene: die Fragestellungen der Demoskopen sind genauso wesentlich wie bei Referenden. Und entgegen vieler meiner linken deutschen Kollegen bin ich nicht für Volksabstimmungen. Sie sind eine repräsentative parlamentarische Demokratie, und das soll auch bleiben.

Bei uns in Frankreich weiß man nie, was gefragt wird - aber auf was man antwortet. Zwei Beispiele: 1958 schlägt de Gaulle eine Verfassung vor und bekam 80% Ja-Stimmen, denn kein Mensch hatte sie gelesen. Man wollte, dass de Gaulle die Macht bekommt, um den Algerienkrieg rasch zu beenden. Das war die eigentliche Frage. Jetzt beim Europa-Referendum ging es auch um die Person Jacques Chirac: Wenn Jacques Chirac gesagt hätte, im Falle eines „Ja“ bleibe und bei einem „Nein“ trete ich zurück, dann wäre das „Nein“

noch stärker geworden. Wenn er gesagt hätte, im Falle eines „Neins“ bleibe ich dennoch, dann hätte vielleicht das „Ja“ mehr Zustimmung bekommen. Es ging „demoskopisch“ eben weitgehend um Jacques Chirac. Das ist die eine Seite.

Die andere ist die Zivilgesellschaft. Das sind Menschen, die wählen, das sind die Bürger. Ja wirklich. Eine große furchtbare Wahl hat in der Schweiz stattgefunden. Es gab eine tolle Wahlbeteiligung, beinahe 49%. Ich sage immer, wenn ich in die Schweiz gehe: Eine Demokratie ist überall dort, wo hohe Wahlbeteiligung an freien Wahlen ist und wo es eine Opposition gibt. Also ist die Schweiz offensichtlich keine Demokratie. Allerdings gibt es mit Christoph Blocher eine populistische Opposition, die zugleich in der Regierung ist. Glücklicherweise gibt es noch andere Zivilbeteiligungen. Sie in Deutschland haben eine, die sollte nicht verschwinden, weil sie hervorragend ist. Ich nenne sie immer in Frankreich als Beispiel: Bitte behalten sie die allgemeine Wehrpflicht, denn sonst gibt es keine Verweigerer mehr! Und wer kümmert sich um eure Altenheime, um die psychiatrischen Kliniken und andere wichtige Dienste, wenn es keine „Zivis“, also Zivildienstleistenden mehr gibt? Das ist - verglichen mit Frankreich - vorbildlich, wo es Verweigerer gab, als wir noch einen Militärdienst hatten. Die wollten aber als Ersatzdienst lieber nur Studien verfassen, sie gingen nicht auf die soziale Seite. Wir hingegen haben auf der sozialen Seite unglaublich viel bürgerliches Engagement, und alles wird ihnen zugeschoben. Zivilgesellschaft, das sind die Verbände (ich gehöre mehreren dieser Verbände an), die sich um Flüchtlinge kümmern, um die sich niemand sonst kümmert. Menschen, die für die Asylanten vor Gericht gehen, damit die Ausweisungen begrenzt bleiben. Es gibt eine Unmenge von französischen Gesellschaften, Vereinen, Verbänden, von denen man im Ausland wenig weiß, weil man im Allgemeinen eine andere Seite von Frankreich wahrnimmt. Das ist – nicht nur im Zusammenhang mit den Asylanten - leider traurig, denn es gibt auch Gewalt in der Zivilgesellschaft. Ich kämpfe momentan zusammen mit anderen im Elsass, damit es weiterhin zweisprachige Grundschulen und Vorschulen gibt. Die werden von Paris aus immer weniger finanziert. Es ist kein Geld da, der Lehrermangel wird immer größer. Es gibt einen Teil Frankreichs, in dem Doppelsprachigkeit gefördert wird: Das ist Korsika. Und ich habe neulich in Köln gesagt: „Warum seid ihr so friedlich? Wenn ihr Gewalt anwenden würdet, bekämt ihr Zuschüsse.“

Das ist in Frankreich ständig der Fall. Für die jungen Leute, die Autos angezündet haben, waren plötzlich die Zuschüsse für Verbände wieder da, die ihnen helfen. Und unsere Landwirte wissen, dass sie geradezu alles tun können. Wenn sie dann vor Gericht gestellt werden, heißt es: Bitte übt Nachsicht, damit wieder Frieden herrscht. Und bei uns in Frankreich gibt es ein bisschen mehr Streik als bei Ihnen in Deutschland. Bei uns gehen manche mit 50 Jahren Ruhestand. Sie wissen warum? Weil ein ICE-Fahrer oder ein TGV-Fahrer als „Lokomotivfahrer“ in Fortführung der Tradition der Gefahr ausgesetzt ist, sein Augenlicht wegen des Kohlestaubs zu verlieren. Deswegen sind die 50 Jahre eingerichtet worden. Es gibt beim TGV zwar keinen Kohlestaub mehr, es bleibt aber die 50-Jahre-Ruhestandsgrenze. Diese Art Gewalt ist so eingefleischt, dass jeder sinngemäß sagt: Ja, ich darf das doch und ich darf das als Individuum.

Es gibt ein französisches Wort, das ich nicht ins Deutsche übersetzen kann: Wie geht es Ihnen - comment allez-vous? Die stereotype Antwort ist oft „je me défends“. Ich verteidige mich gegen was? Gegen eine Umwelt, die mir feindlich gegenüber steht, und ich mach das alleine. Das ist das Gegenteil der Zivilgesellschaft, wenn jemand sagt, ich bin ziemlich alleine, ich darf deshalb machen, was ich will. Auf welcher Ebene passiert so etwas? Das sehen Sie sehr schön, wenn Sie zum Beispiel ein Bürgermeister sind und wollen, dass ein Gefängnis in ihrer Gemeinde gebaut wird oder eine psychiatrische Anstalt oder etwas Ähnliches. Dann entscheidet die Zivilgesellschaft, dass das nicht sein soll. Und da gibt es zwei amerikanische Kürzel, die sie vielleicht kennen: NIMBY: not in my backyard und letzten Endes BANANA: build absolutely nothing anywhere and nowhere. Diese Reaktion finden sie ständig auf unterer Ebene. Und was ist da der freie Volkswille? Er darf entscheiden, ob in Dresden

eine Brücke gebaut wird, und die Gerichte sagen: Der freie Volkswille hat entschieden, also ist unsere internationale Anerkennung nebensächlich. Aber im Allgemeinen ist da, glaube ich, wirklich etwas Wesentliches - diese untere Ebene.

Warum ist das so? Weil in Wirklichkeit mein Thema Bürgerpartizipation an einem mangelt: Im Sinne der Politik gibt es immer weniger Bürger. Die Identitäten sind immer mehr andere als die des „citoyen“, also derjenige, der als Bürger Verantwortung für den Staat trägt. Das kann auf vielen Gebieten sein. Jeder von uns hat viele Identitäten. Ich bin zum Beispiel ein Mann und keine Frau. Das gibt mir noch in der französischen wie in der deutschen Gesellschaft einige Vorteile – weniger als vor 30 Jahren, aber immerhin. Ich bin alt und nicht jung. Das stört mich nicht, meine vier Söhne arbeiten für mein Ruhestandsgeld. Aber wenn ich ein kinderloser Kollege wäre, würde ich mich dafür schämen. Ich bin Franzose, das heißt einerseits ein Hang zur Überheblichkeit und andererseits die Tatsache, dass das Emigrantenkind eben ein „Voll-Franzose“ ist. Auch hier eine Randbemerkung: Unsere Rebellierenden sind noch rebellischer gegen Diskriminierung, weil sie Franzosen sind. Wenn sie Türken wären, wäre die Diskriminierung weniger empfindlich. Aber eine Identität zu haben, sich darauf zu reduzieren - ob das nun der Arzt ist oder die jüdischen Verbände oder moslemischen Verbände - das bringt katastrophale Resultate. Man wählt ja nicht mehr als Bürger, man übernimmt keine Mitverantwortung mehr, man steht also ziemlich alleine da.

Woher kommt das? Unter anderem, weil wir als Bürger auch nicht wissen, wie es weiter geht. Wenn zum Beispiel Politiker die Verträge machen, denen zufolge wir doch „europäische Bürger“ sind. So steht das in den Verträgen. Wer weiß das schon? Antwort: Die Medien und die Politiker kennen eigentlich nur die negativen Seiten von Europa. Und wenn ich interviewt werde, heißt es immer: „Finden Sie nicht, dass das mit Europa besonders schlecht geht?“ Und dann sage ich immer: „Ja, finden Sie nicht, dass vieles besonders gut geht? Und dass zum Beispiel Europa die Möglichkeit hat, eine Governance zu entwickeln, die wir immer noch nicht haben.“ Ein Beispiel: Sie essen vielleicht gerne Fisch, ich auch. Die Fischer in Spanien, Portugal und Frankreich sind Bürger. Sie wählen, also muss man sagen, sie haben Recht, wenn sie sagen, wir wollen keine Begrenzung des Fischfangs. Brüssel ist keiner Wahl ausgesetzt. Also darf Brüssel sagen, die Söhne dieser Fischer sollen auch noch Fische vorfinden, also begrenzen wir den Fischfang. In diesem Sinne gibt es eine europäische Governance, die nie wahrgenommen wird.

Sogar meine liebste deutsche Tageszeitung, die Süddeutsche Zeitung, hat noch vor zwei Jahren elf Artikel über die Europäische Union gebracht. Nur Nörgelei, nichts Positives. Da hat sich in Deutschland relativ viel verändert. Wenn es bei uns über den neuen Verfassungstext ein Referendum gäbe – ich weiß nicht, wie es ausfallen würde. Aber unser Präsident hat viel Überzeugungskraft, es würde vielleicht doch gut ausgehen. Aber er ist vorsichtig genug, es nicht durch ein Referendum zu versuchen. Sie haben eine besondere Governance in Deutschland, das ist der Föderalismus. Bei uns gibt es so viele Abstufungen, dass man gar nicht mehr weiß, wo die Verantwortungen liegen. Wir haben nicht nur die Nation, also oben, die Region, das Département - seit ca. vier Jahren haben wir so etwas wie „Kreise“ – die sind noch kleiner. Das ist die Lokalheimat, und das ist auch eine Verwaltungsinstanz. Also weiß man eigentlich keineswegs, wo die „Governance“ eigentlich zu sein hat und wie sie untereinander in Konflikt tritt. Bei Ihnen weiß man es wenigstens ungefähr. Und in Frankreich heißt es immer: Ach, der schöne deutsche Föderalismus. Und dann sehe ich auf ihre Föderalismusreform und finde, es könnte doch auch anders sein. Für die Forschung und für vieles andere ist doch die Länderzuständigkeit ein bisschen kompliziert, auf europäischer Ebene genauso. Stellen Sie sich einmal als Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel vor und überlegen sie, in wie viel Fächern in welchen Gebieten sie erst mal die Zustimmung der 16 Länder haben müssen, um europäisch aufzutreten. Und dass sie noch nicht mal so ein schönes Gebäude haben können wie der Freistaat Bayern in Brüssel. Vieles ist eben unklar, weil man nicht weiß, wo eigentlich die Subsidiarität geblieben ist. Auf europäischer

Ebene gibt es nur eine gute Definition der Subsidiarität, und das ist meine: Ist subsidiär, was du behalten willst und ich dir wegnehmen will? Ist nicht-subsidiär, was ich behalten will und du mir wegnehmen willst? So funktioniert das. Auf Bundesebene ist es komplizierter. Aber immerhin gibt es da auch enorme Schwierigkeiten zu wissen, wo eigentlich die Governance stattfindet.

Die nächste Frage ist nun: Wie handhaben wir das in der Wirtschaft? Da finde ich, dass momentan die Governance in der Wirtschaft besonders katastrophal ist. Warum? Die Frauen haben es nicht mehr mit den drei „K“ - von Kinder, Kirche und Küche - zu tun. Aber die Wirtschaft hat immer mehr mit den drei „K“ von Kollegialität, Kumpanei und Korruption zu tun. Und diese drei „K“ haben eine verheerende Wirkung auf die Akzeptanz der Governance.

Für mich ist ein Deutscher, der eigentlich Schweizer ist, nämlich Josef Ackermann, eine Art Verkörperung von all dem, was nicht sein sollte. Was mich am Mannesmann-Skandal am meisten empört hat, ist, dass man sogar den Waisenkindern und den Witwen der toten ehemaligen Aufsichtsratsmitglieder Geld gegeben hat. Es erscheint, als liege - und das hat Ackermann so dargestellt - aller Verdienst des Betriebes nur „oben“. Die unteren Etagen sind gar nicht beteiligt. Die Arbeiter, die Angestellten, die Ingenieure – was haben sie schon mit dem Mehrwert des Betriebes zu tun. Es geht nur um die obere Etage.

Es geht nicht nur um den Zufall des Verkaufs von EADS, es geht nicht nur um Siemens oder um Elf, da gibt es echte Skandale. Es geht auch um die ganze Form von zwei Dingen. Erstens: Die Führungskräfte unterhalb der Chefetage sind entmutigt. Sie können jederzeit rausgeworfen werden. Der Betrieb beschäftigt sie nicht auf Lebenszeit, nur die Lebenszeit endet für viele heute übrigens mit 50 und nach 50 ist es aus mit der Karriere. Was ist das für eine Governance, in der sich die Menschen in den mittleren Etagen nicht beteiligt fühlen, in der alles oben entschieden wird? Die Governance ist in diesem Sinne nicht nur nicht demokratisch, sie ist autoritär mit einem Erscheinungsbild der oberen Etagen, das negativ ist. Warum?

Wegen des zweiten Grunds: Weil man den Eindruck hat, dass die oberen Etagen in Wirklichkeit gar nichts zu entscheiden haben. Warum? Das Geld gehört ja nicht ihnen, sondern ist in der Welt verstreut. Und da kommt das in meinen Augen Schlimmste, das was die Größe der Wirtschaft gemacht hat - auch der deutschen Industrie - das ist die „Investition“. Wie kann man investieren und zugleich 12% Rendite haben? Wenn sie das Geld für die Investition benutzen und dann gesagt wird, dann verkaufen wir eben, denn 12% Rendite sind nicht mehr da. Ich glaube, diese Darstellung von vielen Großunternehmen zeigt, wie begrenzt heute das Prestige der Governance ist und wie tief sich der Graben geöffnet hat – bei Ihnen wie bei uns – und in England und Amerika genauso. Der Graben zwischen ganz oben und einer Mitte, die das Gefühl hat, sie sinkt ab, weil sie kein Mitspracherecht und keine Mitsprachmöglichkeit mehr hat.

Wenn ich das sage, glaube ich an einen anderen Begriff: Das ist die Politik. Leider haben sie in Deutschland nur ein Wort für zwei Begriffe „le politique“ und „la politique“. „La politique“ – das ist die Alltagspolitik, aber „le politique“ - das ist das Edelste, das es auf der Welt gibt. Das sind die Pläne, die Entscheidungen, die eine Gemeinschaft trifft, um ihre Zukunft zu meistern. Das wird weitgehend vergessen. Die Zukunft meistern heißt natürlich, ein Zukunftsbild zu haben und zu versuchen, den Alltag danach zu gestalten. Auf welcher Ebene? Natürlich ist die europäische Ebene eine wichtige. Ist sie die einzige? Sie haben einen Bundespräsidenten Horst Köhler, der leider oft nicht genügend gehört wird. Randbemerkung: Er hat eine schöne Schiller-Rede gehalten, in der er was völlig Richtiges sagte, was hier in der Kulturszene nicht gehört werden wollte: Dass die Entstellungen durch Regisseure an Theaterstücken und Opern die Kulturvermittlung für die nächste Generation völlig kaputt machen. Das war hervorragend und völlig richtig, wenn ich sehe, was alles mit Opern und mit Theaterstücken gemacht wird. Aber der Präsident sagte am 1. Oktober dieses Jahres vor allem,

was Europa alles der Umwelt und der anderen Welt schuldet. Und ich möchte nur drei Sätze zitieren, die ihn natürlich ganz links einordnen und jedenfalls den Bauernverband sehr schockieren würden. „Wir brauchen wirtschaftlichen Erfolg, Rechtssicherheit, sozialen Frieden usw. Nichts würde den ärmeren Ländern der Welt rascher helfen als ein Ende des Doppelstandards in der Weltpolitik. Zum Beispiel subventionieren die Industriestaaten allein ihren Agrarbereich mit fast einer Milliarde Dollar pro Tag, den afrikanischen Staaten geben sie einen Dollar Agrarhilfe im Jahr.“ Und er entwickelt diese europäische Verantwortung, die hier viele noch sehr stören wird.

Da ist die Frage, auf welcher Ebene die Governance die Bürgerpartizipation fördern soll? Meine Antwort ist eine wertbedingte Antwort: Indem Politiker riskieren, offen zu sprechen. Das Risiko sollte eigentlich nie eingegangen werden, weil die nächsten Wahlen bevorstehen. Aber ich glaube, ich habe da einen Politiker in meinem Leben gekannt, dem ich treu gedient habe, das war Pierre Mendès France, der eine völlig offene Sprache verwendete und sagte: Hier sind konkret die Probleme. Und ich finde, man unterstellt der Bürgerpartizipation Dummheit, nicht zu verstehen, was die eigentlichen Probleme sind. Allerdings muss man auch eine richtige Sprache sprechen. Und bei der richtigen Sprache sind auch Wörter zu gebrauchen, die stimmen. Ich hasse bei Ihnen in Deutschland das Wort „Reform“. Es handelt sich mittlerweile um keine Reformen, sondern in Wirklichkeit um Einschränkungen. Die sind vielleicht nötig, aber Reformen sind eben etwas anderes als Einschränkungen. Und da sie als Einschränkung oder Kürzung erlebt werden - ein Jahr mehr oder weniger Arbeitslosengeld: das sind Einschränkungen - weiß man nicht, dass Reformen in den Strukturen etwas ganz anderes wären, die noch viel schwieriger durchzusetzen sind.

Damit sind wir bei den Grundwerten, die wir in Europa haben. Ganz kurz, ich nenne nur drei. Erstens die Wahrheitssuche, Wahrheit hat man nie – man kann sie suchen oder nicht suchen. Zweitens: das Verständnis für das Leiden der Anderen, das haben wir auch deutsch-französisch durchexerziert. Und ich darf vielleicht einen Satz hier dazufügen: Ich habe dreimal mit der Vertriebenenpräsidentin Erika Steinbach gesprochen und sagte ihr jedes Mal: „Mir brauchen sie nicht aufzuzählen, was das deutsche Leid gewesen ist.“ In meinem ersten Deutschlandbuch „L'Allemagne de l'Occident“ 1953 sprach ich von Dresden, Hamburg und den Bomben, ich sprach von Vertriebenen. Warum? Weil wir von keinem jungen Deutschen verlangen können, das Ausmaß von Hitlers Verbrechen zu verstehen, wenn wir nicht Mitgefühl zeigen für das Leiden der Seinen. Dasselbe versuche ich übrigens seit Langem vergeblich der israelischen Regierung zu sagen, aber sie vermag es nicht, dieses Mitgefühl auszudrücken.

Der dritte Grundwert ist für mich der Wesentlichste: Immanuel Kants Distanz gegenüber sich selbst. Erst, wenn wir wissen, wie wir von anderen eingeordnet werden, wir andere verstehen können. Ich hatte mal die Ehre, einem französischen Erzbischof (unterdessen ist er Kardinal geworden) im Fernsehen eine Frage zu stellen, die er für ziemlich dumm hielt, aber die in Wirklichkeit natürlich sehr gescheit war. Ich fragte: „Man zeigt einen Film über Sie, man sieht Sie, wie Sie ein kleiner Chorknabe waren, kleines Seminar, großes Seminar, Priester. Haben Sie sich nie folgendes vorgestellt: Wenn sie 100 Kilometer von Ihrem Geburtsort geboren wären, wären Sie Protestant, 1000 Kilometer weiter wären Sie Moslem, 6000 Kilometer weiter wären Sie Hindu.“ Er sagte, er verstehe die Frage nicht, und da habe ich ihm gesagt, „Sie sind nicht frei!“ Dieses Freiwerden gehört zur Bürgerpartizipation, denn wenn jeder nur seine eigenen Dinge fordert, dann geht das nicht gut. Er hat auch anderes zu tun und die Anderen zu verstehen. Ich gehe nicht so weit zu sagen, es gibt die „guten und die bösen Menschen“. Aber ich sage es doch. Die Bösen sind die, die sich voller Eifersucht und Neid mit denen vergleichen, die mehr haben. Die Guten sind diejenigen, die sich mit schlechtem Gewissen mit denen vergleichen, die weniger haben. Sie sehen, ich hätte nie Gewerkschaftssprecher werden können.

Aber in diesem Sinne glaube ich, dass auch die Forschung und die Wissenschaft die Möglichkeit hat, zu vergleichen, was andere geleistet haben, mit ihnen zusammenzuarbeiten und in diesem Sinne ist eine Freiheit wie diese nicht distant zum Thema der Governance. Es gibt die Governance der Forschung, die Governance des Staates, aber auch Governance der verschiedenen Größen der Wirtschaft und der Politik, die nicht wissen, dass die Bürgerpartizipation ein edles Ziel ist, das nie voll verwirklicht werden kann, aber auf das man weiterhin hinstreben darf.